



Stadt Miesbach

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 19.12.2024 17:00 – 20:20 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte

Stadtrat Markus Baumgartner
Stadträtin Aline Brunner (Zugang bei Top 1.1)
Stadtrat Manfred Burger
Stadtrat Paul Fertl
Stadträtin Malin Friese
Stadtrat Alois Fuchs
Stadtrat Stefan Griesbeck
Stadträtin Astrid Güldner (Zugang bei Top 1.1)
Stadträtin Inge Jooß
Stadtrat Andreas Lechner
Stadtrat Michael Lechner
Stadträtin Ursula Lex
Stadtrat Franz Mayer
Stadtrat Alfred Mittermaier
Stadtrat Christian Mittermaier
Stadtrat Erhard Pohl
Stadtrat Florian Ruml
Stadträtin Hedwig Schmid
Stadträtin Petra Six
Stadtrat Dirk Thelemann (Zugang bei Top 4)
Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

Es fehlte entschuldigt:

Stadtrat Stefan Baumgartner (ab Top 6)
Stadtrat Andreas Reischl
Stadtrat Markus Seemüller

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
 - 1.1. Bekanntgabe - Allgemeinverfügung eines Feuerwerksverbotes an Silvester
 - 1.2. Bekanntgabe - Infoveranstaltung in Parsberg
 - 1.3. Bekanntgabe - Bürgerversammlungen 2025
 - 1.4. Bekanntgabe - Verkaufsoffene Sonntage 2025
 - 1.5. Bekanntgabe - Umnutzung Gebäude Kolpingstraße 26 (Benefiziatenhaus) in ein Haus für Kinder inkl. Brandschutzertüchtigung; Übergabe- und Einzugstermin
2. Verabschiedung der ausgeschiedenen Stadtratsmitglieder
3. Annahme des Stadtratsmandats durch Listennachfolger der CSU
4. Vereidigung des nachrückenden Stadtratsmitgliedes von der CSU
5. Annahme des Stadtratsmandats durch den Listennachfolger der SPD
6. Neubesetzung der Ausschüsse aufgrund des Ausscheidens von Frau Verena Schlier
7. Neubesetzung des Kultur- und Tourismusreferenten - Legislaturperiode 2020 - 2026 (Stadtratsbeschluss vom 07.05.2020);
8. Neubesetzung der Ausschüsse aufgrund des Ausscheidens von Herrn Florian Perkmann
9. Festlegung der/des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses
10. Festlegung der/des stellv. Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses
11. Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts
12. Neubesetzung der persönlichen Vertretung im Personalausschuss aufgrund des Ausscheidens von Herrn Florian Hupfauer
13. Unterbringung der BRK-Bereitschaft Miesbach;
-Informationen von Bereitschaftsleiter Tobias Hammer-
14. Ersatzneubau Steigerwegbrücke
-Vorstellung Vorplanungskonzept und weiteres Vorgehen-
15. Erweiterung und Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Thalham - Reisach - Gotzing für die Trinkwasserversorgung der Landeshauptstadt München; behauptete Altrechte zur Wasserentnahme;
Sachstand, Information

16. Billigung der Bedarfsmitteilung 2025 für die Städtebauförderung
17. Kulturstiftung der Stadt Miesbach;
Klarstellungsbeschluss zum Stadtratsbeschluss vom 25.07.2024
18. Unvorhergesehenes
- 18.1. Unvorhergesehenes - Danksagung Stadtrat Pohl
- 18.2. Unvorhergesehenes - Brückenbauerin
- 18.3. Unvorhergesehenes - Beleuchtung Schützenstraße
- 18.4. Unvorhergesehenes- Danksagung Stadträtin Güldner
- 18.5. Unvorhergesehenes - Bürgerversammlung und Danksagung
- 18.6. Unvorhergesehenes - Danksagung Stadtrat Fertl
- 18.7. Unvorhergesehenes - Bus zum Friedhof
- 18.8. Unvorhergesehenes - Jahresrückblick und Danksagung des 1. Bürgermeisters

1. Bekanntgaben

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Bestehen Einwände gegen die Tagesordnung? Dies ist nicht der Fall.

Die Stadtratsmitglieder Markus Seemüller und Andreas Reischl sind für die heutige Sitzung entschuldigt.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 21.11.2024 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter „Allgemeine Informationen“ am 04.12.2024 bereitgestellt. Sollte dem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 21.11.2024 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt diese im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Tischvorlage

Als Tischvorlage liegt dem Stadtrat die Einladung der Freiwilligen Feuerwehr Miesbach zur 157. Dienst- und Mitgliederversammlung am 25. Januar 2025 im Feuerwehrhaus Miesbach vor.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Brunner, Güldner

1.1. Bekanntgabe - Allgemeinverfügung eines Feuerwerksverbotes an Silvester

Am 24.11.2022 beschloss der Stadtrat die Allgemeinverfügung eines räumlich beschränkten Feuerwerksverbotes an Silvester für die Stadt Miesbach. Aufgrund dessen, dass sich für die Stadt Miesbach keine rechtlichen Änderungen ergeben haben, die weitere Beschränkungen zulassen würden, gilt die beschlossene Allgemeinverfügung auch für Silvester 2024/2025.

Ein Appell an die Allgemeinheit im Hinblick auf den verantwortungsvollen Umgang mit Feuerwerkskörpern wird wieder erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

1.2. Bekanntgabe - Infoveranstaltung in Parsberg

Die Stadt Miesbach wird im ersten Halbjahr 2025 eine Infoveranstaltung zum Hochwasserschutz in Bergham sowie zur geplanten Ortsentwicklung in Parsberg durchführen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

1.3. Bekanntgabe - Bürgerversammlungen 2025

Die Stadt Miesbach wird im Jahr 2025 neben der regulären Bürgerversammlung in Miesbach eine Seniorenbürgerversammlung, eine Jugendbürgerversammlung sowie eine gesonderte Bürgerversammlung in Parsberg durchführen.

Die Versammlungen sind im November 2025 vorgesehen und werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

1.4. Bekanntgabe - Verkaufsoffene Sonntage 2025

In der Sitzung vom 22.12.2022 beschloss der Stadtrat die Verordnung über den Ladenschluss an Sonntagen mit Märkten und ähnlichen Veranstaltungen. Da keine gesetzlichen Änderungen eingetreten sind, finden die verkaufsoffenen Sonntage 2025 wie folgt statt:

- Fastenmarkt am Sonntag, den 06.04.2025
- Michaelimarkt am Sonntag, den 28.09.2025

Über die verkaufsoffenen Sonntage für das Jahr 2026 wird der Stadtrat Ende 2025 informiert.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

1.5. Bekanntgabe - Umnutzung Gebäude Kolpingstraße 26 (Benefiziatenhaus) in ein Haus für Kinder inkl. Brandschutzertüchtigung; Übergabe- und Einzugstermin

Die Umbaumaßnahmen laufen derzeit in den letzten Zügen. Die größeren Arbeiten werden noch diese Woche bzw. in der ersten Januar Woche fertiggestellt. Am 18.12.2024 fand ein gemeinsamer Vor-Ort Termin zwischen Landratsamt Miesbach, Kita Verbund Schlierach-Leitzachtal, Architekt, Einrichtungsleitung und der Stadt Miesbach statt. Bei diesem Termin wurde der aktuelle Baustand bezüglich der anstehenden Betriebsaufnahme begutachtet

Da für die Betriebsaufnahme mit den Kindern noch kleinere betriebs- und sicherheitsrelevante Arbeiten im neuen Jahr zu erledigen sind, haben sich die oben genannten Beteiligten auf folgenden Terminplan geeinigt:

13.01.2025	Übergabe des Hauses für Kinder an die Kath. Kirchenstiftung
13.01.2025 – 31.01.2025	Umzug und Einrichtung des Hauses
03.02.2022	Start des Betriebes mit den Kindern

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

2. Verabschiedung der ausgeschiedenen Stadtratsmitglieder

Zur heutigen Stadtratssitzung werden nachfolgend aufgeführte Stadtratsmitglieder während der laufenden Legislaturperiode 2020 bis 2026 vom 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller verabschiedet:

Frau Verena Schlier von der CSU
Herr Florian Hupfauer von der FDP
Herr Florian Perkmann von der SPD

Frau Verena Schlier war seit 2014 für die CSU im Miesbacher Stadtrat. In der Legislaturperiode 2014 bis 2020 war sie Mitglied im Finanzausschuss sowie im Kultur- und Fremdenverkehrsausschuss.

In der laufenden Legislaturperiode ab 2020 war sie Mitglied im Finanzausschuss, Kultur- und Tourismusausschuss sowie im Stadtentwicklungsausschuss. Weiter war Frau Schlier Referentin für das Kultur- und Tourismusreferat.

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller spricht Frau Verena Schlier im Namen der Stadt Miesbach für ihr verdienstvolles Wirken im Stadtrat seit Mai 2014 bis November 2024 Dank und Anerkennung aus.

Herr Florian Hupfauer war seit der laufenden Legislaturperiode ab 2020 für die FDP im Stadtrat Miesbach vertreten. Herr Hupfauer war persönlicher Vertreter im Finanzausschuss, Personalausschuss sowie im Stadtentwicklungsausschuss. Weiter war Herr Hupfauer Referent für das Bauhof- und Wasserreferat.

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller spricht Herrn Florian Hupfauer im Namen der Stadt Miesbach für sein verdienstvolles Wirken im Stadtrat seit Mai 2020 bis Oktober 2024 Dank und Anerkennung aus.

Herr Florian Perkmann war seit der laufenden Legislaturperiode ab 2020 für die SPD im Stadtrat Miesbach vertreten. Herr Perkmann war Mitglied im Finanzausschuss sowie im Rechnungsprüfungsausschuss in diesem fungierte er seit dem 18.03.2021 als Vorsitzender weiter war er als persönlicher Stellvertreter im Stadtentwicklungsausschuss. Herr Perkmann war in der Zeit von Mai 2020 bis April 2024 Referent für das Wirtschafts- und GewerbeReferat.

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller spricht Herrn Florian Perkmann im Namen der Stadt Miesbach für sein verdienstvolles Wirken im Stadtrat seit Mai 2020 bis November 2024 Dank und Anerkennung aus.

Stadtratsmitglied Pohl dankt im Namen der CSU den ausgeschiedenen Stadtratsmitgliedern für die Zusammenarbeit und wünscht ihnen weiter alles Gute.

Diesem Dank schlossen sich ebenfalls Stadtratsmitglied Fertl für die SPD, Stadtratsmitglied Brunner für die Freie Liste Miesbach-Parsberg-Wies sowie Stadtratsmitglied Güldner für die Grünen an.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0
Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

3. Annahme des Stadtratsmandats durch Listennachfolger der CSU

Durch das Ausscheiden von Frau Verena Schlier, Christlich Soziale Union (CSU), aus dem Stadtrat, rückt innerhalb der CSU ein Listennachfolger nach.

Deshalb rückt bei der CSU gem. dem Wahlergebnis der Kommunalwahl vom 15.03.2020 Herr Dirk Thelemann gem. Art. 48 Abs. 1 Satz 3 GLKrWG als Listennachfolger nach.

Herr Thelemann hat die Annahme des Amts als Listennachfolger schriftlich bestätigt.

Beschluss:

Als Listennachfolger für die CSU rückt Herr Dirk Thelemann in den Stadtrat nach.

Abstimmungsergebnis: 21 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

4. Vereidigung des nachrückenden Stadratsmitgliedes von der CSU

Durch das Ausscheiden von Frau Verena Schlier, Christlich-Soziale Union (CSU), aus dem Stadtrat, rückt innerhalb der CSU ein Listennachfolger nach. Der 1. Listennachfolger Herr Dirk Thelemann hat am 25.11.2024 erklärt, das Stadratsmandat anzunehmen und rückt somit in den Stadtrat nach.

Herr Dirk Thelemann wird nunmehr als neues Mitglied des Stadtrates gem. Art. 31 Abs. 4 Bayer. Gemeindeordnung (GO) vereidigt.

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller nimmt mit dem Verlesen der Eidesformel die Vereidigung vor.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

5. Annahme des Stadratsmandats durch den Listennachfolger der SPD

Durch das Ausscheiden von Herrn Florian Perkmann, Sozial Demokratische Partei (SPD), aus dem Stadtrat, rückt innerhalb der SPD ein Listennachfolger nach.

Deshalb rückt bei der SPD gem. dem Wahlergebnis der Kommunalwahl vom 15.03.2020 Herr Stefan Baumgartner gem. Art. 48 Abs. 1 Satz 3 GLKrWG als Listennachfolger nach.

Herr Baumgartner hat die Annahme des Amts als Listennachfolger schriftlich bestätigt.

Beschluss:

Als Listennachfolger für die SPD rückt Herr Stefan Baumgartner in den Stadtrat nach.

Abstimmungsergebnis: 21 / 1

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller

6. Neubesetzung der Ausschüsse aufgrund des Ausscheidens von Frau Verena Schlier

Durch das Ausscheiden von Stadtratsmitglied Verena Schlier, Christlich-Soziale Union (CSU), wird eine Neubesetzung verschiedener Ausschüsse erforderlich. Frau Schlier war in nachfolgend aufgeführten Ausschüssen als Mitglied bzw. stellv. Mitglied vertreten:

Ausschussmitglied

Finanzausschuss
Kultur- und Tourismusausschuss
Stadtentwicklungsausschuss

als persönlicher Vertreter

Personalausschuss
Bau- und Umweltausschuss
Rechnungsprüfungsausschuss

Der 1. Bürgermeister Dr. Braunmiller bittet die CSU Fraktion um die Vorschläge der Nachbesetzung der Ausschussmitglieder sowie der persönlichen Vertreter.

Beschluss:

Finanzausschuss

Neues Ausschussmitglied	Petra Six
Neuer pers. Vertreter	Dirk Thelemann

Kultur- und Tourismusausschuss

Neues Ausschussmitglied	Dirk Thelemann
-------------------------	----------------

Stadtentwicklungsausschuss

Neues Ausschussmitglied	Dirk Thelemann
-------------------------	----------------

Personalausschuss

Neuer persönlicher Vertreter	Franz Mayer
------------------------------	-------------

Bau- und Umweltausschuss

Neuer persönlicher Vertreter	Alfred Mittermaier
------------------------------	--------------------

Rechnungsprüfungsausschuss

Neuer persönlicher Vertreter	Dirk Thelemann
------------------------------	----------------

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

7. Neubesetzung des Kultur- und Tourismusreferenten - Legislaturperiode 2020 - 2026 (Stadtratsbeschluss vom 07.05.2020):

Mit dem Ausscheiden von Stadratsmitglied Frau Verena Schlier ist im Moment das Kultur- und Tourismusreferat nicht besetzt.

Die Definition für das Kultur- und Tourismusreferat lt. wie folgt:
Angelegenheiten der Kultur- und Gemeinschaftspflege inkl. Vereinswesen, Erwachsenenbildung, in Zusammenarbeit mit der Leitung des Kulturamtes, Förderung Städtepartnerschaft.

Der Stadtrat hat nun verschiedene Möglichkeiten:

1. Der Stadtrat einigt sich, dass auf Grund der mit dem Amt des Referenten verbundenen Einarbeitungszeit für die verbleibende Legislaturperiode von 15 Monaten nicht ausreichend ist und das Amt des Kultur- und Tourismusreferat nicht nachbesetzt wird.
2. Der Stadtrat bestellt aus seinen Reihen einen neuen Kultur- und Tourismusreferenten.

Wenn der Stadtrat sich für die Neubesetzung ausspricht, werden die Fraktionssprecher gebeten Vorschläge für die Besetzung des Referenten zu machen.

Bei mehreren Vorschlägen ist eine geheime Wahl durchzuführen.

Stadtrat Pohl schlägt Stadträtin Six als neue Kultur- und Tourismusreferentin vor.

Stadträtin Brunner schlägt Stadratsmitglied Stefan Baumgartner als neuen Kultur- und Tourismusreferenten vor.

Somit muss eine geheime Wahl durchgeführt werden. Der 1. Bürgermeister ruft die Stadratsmitglieder einzeln und nacheinander zur Abstimmung auf.

Der 1. Bürgermeister teilt das Ergebnis der Abstimmung mit. 19 Stimmen für Petra Six und 3 Stimmen für Stefan Baumgartner.

Somit wird Stadträtin Petra Six neue Kultur- und Tourismusreferentin.

Beschluss:

Der Stadtrat bestellt aus seinen Reihen einen neuen Kultur- und Tourismusreferenten.

Das Stadratsmitglied Petra Six wird Referentin für das Kultur- und Tourismusreferat.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

8. Neubesetzung der Ausschüsse aufgrund des Ausscheidens von Herrn Florian Perkmann

Durch das Ausscheiden von Stadratsmitglied Florian Perkmann, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), wird eine Neubesetzung verschiedener Ausschüsse erforderlich. Herr Perkmann war in nachfolgend aufgeführten Ausschüssen als Mitglied bzw. stellv. Mitglied vertreten:

Ausschussmitglied

Finanzausschuss

Rechnungsprüfungsausschuss

als persönlicher Vertreter

Stadtentwicklungsausschuss

Der 1. Bürgermeister Dr. Braunmiller bittet die SPD Fraktion um die Vorschläge der Nachbesetzung der Ausschussmitglieder sowie der persönlichen Vertreter.

Beschluss:

Finanzausschuss

Neues Ausschussmitglied Stefan Baumgartner

Rechnungsprüfungsausschuss

Neues Ausschussmitglied	Paul Fertl
Neuer persönlicher Vertreter	Stefan Baumgartner

Stadtentwicklungsausschuss

Neuer persönlicher Vertreter Stefan Baumgartner

Abstimmungsergebnis: 21 / 1

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

9. Festlegung der/des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses

Auf Grund des Ausscheidens von Herrn Florian Perkmann aus dem Stadtrat, welcher ebenfalls Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses war, muss der Stadtrat aus der Mitte des Rechnungsprüfungsausschusses ein Ausschussmitglied zum Vorsitzenden bestimmen. Bei mehreren Wahlvorschlägen wird eine geheime Wahl durchgeführt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

Fraktion	Ausschussmitglied	persönlicher Vertreter
CSU	Griesbeck Stefan	Thelemann Dirk
CSU	Mayer Franz	Six Petra
Freie Wähler	Seemüller Markus	Brunner Aline
SPD	Fertl Paul	Baumgartner Stefan
GRÜNE	Güldner Astrid	Burger Manfred

Die Stadtratsmitglieder Pohl und Güldner schlagen Stadtrat Fertl als neuen Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses vor.

Beschluss:

Aus den Reihen der bestellten Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bestimmt der Stadtrat nunmehr das Ausschussmitglied Paul Fertl zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

10. Festlegung der/des stellv. Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses

entfällt

11. Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Auf Grund der Neubestimmung des/der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses wie in Tagesordnungspunkt 9 beschlossen, muss die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts geändert werden.

Geändert wird:

§ 2 Abs. 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Den Vorsitz in den in Absatz 1 Buchst. a – e genannten Ausschüssen führt der erste Bürgermeister.

Stadtratsmitglied (*siehe Tagesordnungspunkt 9*) führt den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss (Abs. 1 Buchst. f)

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts in § 2 Abs. 2 mit der Festlegung des Vorsitizes von Paul Fertl im Rechnungsprüfungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

12. Neubesetzung der persönlichen Vertretung im Personalausschuss aufgrund des Ausscheidens von Herrn Florian Hupfauer

In der Stadtratssitzung vom 21.11.2024 wurde die Neubesetzung der persönlichen Vertreter in Ausschüssen aufgrund des Ausscheidens von Herrn Florian Hupfauer behandelt.

Die Freie Liste Miesbach – Parsberg – Wies schlug als persönlichen Vertreter Herrn Andreas Reischl vor.

Bei der Überprüfung und Änderung der Ausschusssitze ist aufgefallen, dass Herr Reischl bereits persönlicher Vertreter von Herrn Florian Ruml ist und nicht in Doppelfunktion als Vertreter fungieren kann.

Nach Rücksprache mit Stadtratsmitglied Seemüller wurde von Seiten der Freien Liste Miesbach-Parsberg-Wies Stadtratsmitglied Ursula Lex als persönliche Vertreterin von Stadtratsmitglied Aline Brunner für den Personalausschuss vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass Stadtratsmitglied Ursula Lex zur persönlichen Vertreterin für Stadträtin Aline Brunner in den Personalausschuss bestellt wird.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

**13. Unterbringung der BRK-Bereitschaft Miesbach;
-Informationen von Bereitschaftsleiter Tobias Hammer-**

Wie schon seit längerem bekannt, sucht die BRK-Bereitschaft Miesbach neue Räumlichkeiten zur Unterbringung ihres Rettungsdienstes samt Fuhrpark. Derzeit befindet sich der Standort noch in der Bergwerkstraße.

Bereitschaftsleiter Tobias Hammer berichtete dem Gremium vollumfänglich über den Tätigkeitsbereich der BRK-Bereitschaft. Auf Grund des akuten Platzmangels sucht die BRK-Bereitschaft dringend neue Räumlichkeiten. Dabei wäre ein Standort weiterhin im Stadtgebiet Miesbach wünschenswert. Randbezirke wären allerdings ebenfalls denkbar.

Der Stadtrat wurde daher gebeten, in der Suche nach Grundstücken, bei ggf. späteren Anträgen und Fördermöglichkeiten behilflich zu sein. Die finanzielle Unterstützung sei zwar selbstverständlich gerne gesehen, sollte gegenwärtig allerdings noch hintenanstehen.

Fraktionsübergreifend bedankten sich die Gremiumsmitglieder für den gelungenen und informativen Vortrag. Insgesamt war man sich einig, die BRK-Bereitschaft soweit als möglich zu unterstützen. Ein wohlwollender Pressebericht könnte die Sachlage der BRK-Bereitschaft, auch in der Bevölkerung schärfen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt, die BRK-Bereitschaft bei der weiteren Suche zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

**14. Ersatzneubau Steigerwegbrücke
-Vorstellung Vorplanungskonzept und weiteres Vorgehen-**

Mit Stadtratsbeschluss vom 18.04.2024 wurde die Verwaltung mit der planerischen Umsetzung für den Ersatzneubau der Steigerwegbrücke beauftragt. Seit 26.11.2024 liegt hierzu das Vorplanungskonzept vor. In diesem wurden unter anderem folgende, verschiedene Ausführungsvarianten untersucht, um die dauerhaftesten und wirtschaftlichsten Lösungen für Bau, Betrieb und Unterhalt zu ermitteln:

1. Betonbrücke mit Fertigteilplatte
2. Stahlbrücke aus Walzprofil
3. Fachwerkbrücke aus Aluminium oder Stahl
4. Holzbrücke ähnlich wie Bestand

Die Vorplanung hat ergeben, dass sich eine Ausführung als Stahlbrücke als dauerhafteste und wirtschaftlichste Variante herausstellt. Die Kosten hierfür betragen ca. 105.000,00 € brutto inklusive der Nebenkosten. Vorausgesetzt einer zeitnahen Ausschreibung ca. Februar 2025, könnte die neue Brücke ca. Mitte 2025 für den Fußgängerverkehr freigegeben werden.

Das Ingenieurbüro OK Ingenieure wird nun das Vorplanungskonzept inklusive der verschiedenen Ausführungsvarianten vorstellen.

Im Rahmen der ca. 10-minütigen Vorstellung des Projekts, wurde von Herrn Ostler detailliert dargelegt, warum aufgrund der Örtlichkeit letztendlich nur eine Stahlbrücke zur Ausführung kommen kann.

Nach dem Vortrag war sich das Gremium in der anschließenden Diskussion fraktionsübergreifend einig, dass die vorgestellten Argumente für eine Ausführung als Stahlbrücke nachvollziehbar sind und somit die Vorzugsvariante zur Ausführung kommen soll.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der vorgeschlagenen Ausführung als Stahlbrücke zu und gibt diese zur Ausführung frei.

Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die weiteren Planungsleistungen, sowie die bei den Ausschreibungen erzielten, wirtschaftlichsten Angebote zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

15. **Erweiterung und Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Thalham - Reisach - Gotzing für die Trinkwasserversorgung der Landeshauptstadt München;**
behauptete Altrechte zur Wasserentnahme;
Sachstand, Information

Vorgeschichte „geplante Erweiterung und Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Thalham-Reisach-Gotzing“

Aufgrund der überregionalen und teils widersprüchlichen Berichterstattung der letzten Monate aus verschiedenen Medien zum Thema wird der Stadtrat heute umfassend zum Sachverhalt informiert.

Die Landeshauptstadt München entnimmt ca. 80% ihres Trinkwassers aus dem Landkreis Miesbach und von diesen 80% kommen etwa die Hälfte aus dem Bereich der Stadt Miesbach. Es gibt ein Wasserschutzgebiet Thalham-Reisach-Gotzing aus dem Jahr 1964, das per Bescheid des Landratsamtes festgesetzt wurde. Seit über 20 Jahren laufen die Bestrebungen, dieses Wasserschutzgebiet auszuweiten und neu festzusetzen. Neben den Landwirten, den Grundeigentümern und den Gewerbetreibenden wäre auch die Stadt Miesbach durch die Erweiterung und Neufestsetzung stark in ihrer Planungshoheit betroffen. Insbesondere ist die Stadt darauf angewiesen, die ihr gehörenden nördlich des bestehenden Gewerbegebiets liegenden Flächen zu entwickeln. Würde die Erweiterung der Wasserschutzzone festgesetzt, könnte sich die Stadt Miesbach in Richtung Norden für alle Zeiten nicht mehr entwickeln und erweitern.

Gültigkeit der behaupteten Altrechte zur Wasserentnahme

Neben den kontroversen Diskussionen um die Ausweisung des Schutzgebietes wird auch immer wieder das Thema Altrechte diskutiert. Während jeder andere Wasserversorger regelmäßig seine Wasserentnahmerechte alle 15 bis 25 Jahre neu beantragen muss, beruft sich die Landeshauptstadt München auf behauptete sog. Altrechte aus dem Jahr 1910, die unbefristet und uneingeschränkt sind. Es hat daher noch nie nach aktueller Rechtslage ein Verfahren zur Erteilung von Wasserentnahmerechten für die Landeshauptstadt München stattgefunden!

Neuere juristisch untermauerte Erkenntnisse aus dem Jahr 2022 lassen erhebliche Zweifel am Bestand der Altrechte aufkommen, weshalb das Landratsamt als wasserbuchführende Behörde den Stadtwerken München mitgeteilt hat, dass die Altrechte nicht bestehen und diese aufgefordert hat, neue Wasserrechte zu beantragen. Gegen diesen Bescheid wurde Klage zum Verwaltungsgericht München erhoben, eine Entscheidung steht aus.

Eingereichte Petitionen, bei denen die Stadt Miesbach beteiligt war

a) Dünge- und Weideverbot

Im Jahr 2022 konnte bereits durch eine Petition verhindert werden, dass ein Beweidungs- und Düngeverbot ausgesprochen wird. Derartige Anordnungen können in einem geplanten Wasserschutzgebiet ergehen (§ 52 WHG). Diese Forderung des Landesamts für Umwelt war über die Reg. von Oberbayern an das zuständige Landratsamt Miesbach ergangen. Nachdem sich der Landrat aber verweigert hatte, drohte der Selbsteintritt der Regierung, der durch eine entsprechende Petition verhindert werden könnte. Der Vorgang zeigt, zu welchen Szenarien es kommen könnte:

- Erlass eines Verbots ohne rechtsstaatliches Schutzgebietsverfahren
- Selbsteintritt der Regierung von Oberbayern gegenüber dem eigentlich zuständigen Landratsamt

b) Altrechte

Gegenstand der im November 2024 vom Landtag angenommenen Petition war, dass das Verfahren zur Ausweisung der Wasserschutzzone nicht weitergeführt werden soll, solange nicht über den Bestand bzw. den Nichtbestand der sog. Altrechte abschließend gerichtlich entschieden wurde.

Von Seiten Umweltministerium, LfU und Regierung von Oberbayern gibt es auch auf Druck der Stadtwerke München Bestrebungen, das Verfahren zur Festsetzung der Wasserschutzzone ungeachtet der anhängigen Klage zur Klärung der Altrechte und unabhängig von deren Ausgang fortzusetzen.

Dieses Ansinnen irritiert aus folgenden Gründen:

- Bestehen die Altrechte nicht, wäre gegenwärtig die Wasserentnahme ohne behördliche Erlaubnis! Einer Wasserschutzgebietsverordnung muss aber auch eine ergebnisoffene Alternativenprüfung sowie eine präzise Festlegung und Rechtfertigung der äußeren Schutzgebietsgrenze und der inneren Schutzzonen zugrunde liegen.
- Es ist den von einer künftigen Wasserschutzzone Betroffenen nicht zu vermitteln, dass sie Einschränkungen aufgrund einer nicht genehmigten Wasserentnahme hinzunehmen haben.
- Bei der Erteilung neuer Wasserrechte, welche ein ordentliches rechtsstaatliches Verfahren voraussetzt, könnten behördliche Nebenbestimmungen, Auflagen und Bedingungen (Entnahmemengen, Befristung, Verbot Weiterveräußerung, Umweltfragen, Klimawandel usw.) festgesetzt werden, die Auswirkungen auch auf Ausdehnung und Inhalt des geplanten Wasserschutzgebietes haben.

Das Verfahren zur Ausweisung der Wasserschutzzone ist seitens des Landratsamts derzeit nicht gestoppt, sondern wird entsprechend den rechtlichen Vorgaben weiterbetrieben. Es erfolgte die Beteiligung des LfU als amtlichem Sachverständigen durch Übersendung der durch die SWM erstellten Unterlagen. Damit ist das Verfahren zur Neuausweisung eingeleitet. Das ist insofern wichtig, da sich das Landratsamt Miesbach in Sachen Wasserschutzgebiet nicht den Vorwurf der Untätigkeit oder Verschleppung machen lassen darf.

Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Petition wird das weitere Vorgehen geprüft werden. Eine Aussetzung des Neuausweisungsverfahrens bis zur Klärung der Altrechtefrage deckt sich aber durchaus auch mit der rechtlichen Einschätzung des Bevollmächtigten des Landratsamtes im Altrechteverfahren.

Behandlung des Themas im Münchner Stadtrat

Bei der Behandlung des Themas im Münchner Stadtrat am 27.11.2024 wurden erhebliche Vorwürfe gegen den Ersten Bürgermeister, den Landrat und die Stimmkreisabgeordnete Im Landtag Ilse Aigner erhoben. Der Erste Bürgermeister wird hierzu einige Ausführungen machen.

Gewerbegebiet Nord Erweiterung

Die Unterlagen für das weitere Bebauungsplanverfahren sind fertig gestellt. Im neuen Jahr wird die Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung gestartet. Die Festsetzungen aus dem Entwurf der Ausnahme vom Verbot der Ausweisung von neuen Baugebieten in der geplanten Schutzzone III werden beachtet, um das Verfahren möglichst zügig fortsetzen und zum Abschluss bringen zu können. Dass das Bebauungsplanverfahren vor Inkrafttreten des Schutzgebietes laufen kann, wurde mit dem maßgeblichen verfahrensführenden Landratsamt abgeklärt. Berührungspunkte zum Thema Schutzgebietsausweisung bzw. Altrechte bestehen daher objektiv nicht! Wasserwirtschaftliche Vorgaben ergehen durch die Wasserrechtsbehörden Landratsamt Miesbach und den amtlichen Sachverständigen Wasserwirtschaftsamt Rosenheim bzw. Landesamt für Umwelt, nicht durch den Wasserversorger Stadtwerke München.

Die Ausweisung neuer Baugebiete ist generell im Schutzgebiet untersagt, durch zähe, langwierige Verhandlungen ist es aber dennoch gelungen, im Entwurf des Schutzgebietsverbotskatalogs eine Ausnahme unter Auflagen für ein 30.000 qm großes Areal zu bekommen.

Diskussion im Stadtrat

Der Erste Bürgermeister zeigt anhand einer Karte die Betroffenheit der Stadt Miesbach durch die geplante Neuausweisung und Erweiterung der Wasserschutzzone auf und geht auf die erfolgreiche 3. Petition ein, deren Ziel es ist, das Wasserschutzgebietsverfahren auszusetzen, bis die Frage der Altrechte gerichtlich geklärt ist. Er geht davon aus, dass die Altrechte keinen Bestand haben und die neu zu beantragenden Rechte nach dem Durchlaufen eines rechtsstaatlichen Verfahrens aus verschiedensten Gründen anders ausgestaltet sein werden und damit Auswirkungen auf das festzusetzende Schutzgebiet haben werden. Er kritisiert fehlerhafte, irreführende und unvollständige Aussagen des OB Dieter Reiter und des Geschäftsführers der Stadtwerke München Dr. Biberbach in der Sitzung des Münchner Stadtrats am 27.11.2024 und in verschiedenen Medien:

- Miesbacher Bürger würden mit Falschinformationen versorgt
- Es würde versucht, die Ausweisung eines Schutzgebietes zu verhindern
- Es bestehe kein Schutzgebiet
- Kritik an der Art und Weise der Behandlung der Petition im Umweltausschuss
- In Miesbach käme das Thema Wasserrechte München immer im Zusammenhang mit anstehenden Kommunalwahlen auf
- Aggressive und herablassende Kommentierung des Handelns Miesbacher Kommunalpolitiker

OB Reiter hatte zudem behauptet, die Ausweisung des Schutzgebiets müsse unabhängig vom Bestand der Altrechte erfolgen, was höchstirrtümlich entschieden sei. Der Erste Bürgermeister legt nochmals dar, warum er davon ausgeht, dass die Altrechte nicht existieren und die Wasserentnahme daher illegal sei. Herr OB Reiter hat mitgeteilt, er stehe zu einem Gespräch zur Verfügung aber nur, wenn außerhalb des Rechtsstreits die Möglichkeit der Einigung bestehe.

Von Seiten der SPD und der Grünen im Stadtrat wurde der Erste Bürgermeister für sein Vorgehen kritisiert.

- Zuständig sei nicht die Stadt, sondern das Landratsamt
- Das Verfahren zur Ausweisung der Schutzzone sollte nicht weiter verzögert werden um Rechtssicherheit zu bekommen
- Das gegenwärtig bestehende Wasserschutzgebiet ist formal nicht korrekt
- Aus dem Wasserstreit könne keine Einnahme generiert werden
- Angriffe auf OB Reiter seien keine Grundlage für Verhandlungen
- Es sollte versucht werden im Verhandlungswege etwas zu erreichen
- Der Erste Bürgermeister informiere seinen Stadtrat immer erst im Nachgang
- Nach einer gerichtlichen Entscheidung könnte die Verhandlungsposition der Stadt deutlich schlechter sein

Der Bauamtsleiter verweist darauf, dass Rechtssicherheit gegenwärtig aufgrund des vorliegenden Schutzgebietsentwurf bedeuten würde, dass dieser Status nach Abschluss des Verfahrens so festgesetzt werde und es darüber hinaus keine Entwicklungsmöglichkeit gäbe. Das bisherige Verfahren habe gezeigt, dass solange ein Abschluss nicht erfolgt sei, die Möglichkeit bestehe, etwas zu erreichen (Ausnahme Gewerbegebiet Nord). Nach seiner Einschätzung sei aber, insbesondere wenn man sich die zähe Verhandlung, die damit verbundenen Auflagen und die Begründung ansehe, das Optimum dessen, was im Verhandlungswege erreicht werden könne, bereits erreicht. Er verweist noch einmal darauf, dass für die Frage, was im Schutzgebiet möglich sei, nicht die Stadtwerke München der Verhandlungspartner seien, sondern die Wasserbehörden Umweltministerium, LfU und WWA.

Der Bürgermeister zeigt sich erstaunt darüber, dass aus den Reihen des Stadtrats keine ungeteilte Unterstützung für sein Vorgehen gegeben sei, zumal teils genau die gleiche Zielrichtung andiskutiert werde.

Andere Stadtratsmitglieder unterstützen ausdrücklich den eingeschlagenen Weg und geben folgende Aspekte zu bedenken:

- Stadtwerke verkaufen Allgemeingut Wasser
- Die Stadtwerke verzögern selbst das Verfahren durch die schleppende Beibringung von Unterlagen
- Die Wasserentnahmerechte der Stadtwerke müssen ein rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren durchlaufen, so wie bei jedem anderen Wasserversorger auch
- Angriffe ergehen nicht von Braunmiller an Reiter, sondern umgekehrt

Der Bürgermeister kündigt an, im neuen Jahr auf das Schreiben des OB Reiter zu antworten. Er empfiehlt dem Münchner OB, sich künftig anders als in den bisherigen Interviews über Miesbach zu äußern, sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen und darüber nachzudenken, warum der Landtag fraktionsübergreifend bereits 3 Petitionen zu dem Thema stattgegeben hat. Das Thema sollte nicht subjektiv, vereinfacht und irreführend dargestellt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan, Mittermaier Alfred, Mayer

16. Billigung der Bedarfsmitteilung 2025 für die Städtebauförderung

Die Stadt Miesbach ist seit den 70er Jahren bei der Städtebauförderung und hat in den vergangenen Jahrzehnten viele städtebauliche Maßnahmen mit Mitteln aus der Städtebauförderung durchgeführt. Zu den letzten größeren Maßnahmen gehören der Umbau des ehem. Gemeindehaus Wies und die Umgestaltung des Rathausumfeldes.

Aufgrund anderer großer Baumaßnahmen hat die Stadt Miesbach in den letzten beiden Jahren keine städtebaulichen Maßnahmen mehr durchgeführt. Lediglich die städtebauliche Beratung durch einen Städteplaner wurde jedes Jahr fortgeführt.

Da im letzten Haushalt 2024 keine Mittel bei der Städtebauförderung angemeldet wurden, müssen heuer welche beantragt werden, da die Stadt Miesbach ansonsten aus den Richtlinien für die Städtebauförderung fällt. Eine Neuaufnahme müsste wieder erneut beantragt werden.

Als Mindestgrenze ist ein Betrag von 50.000,00 € anzumelden. Der 1. Bürgermeister hat zusammen mit der Verwaltung folgende kleine Maßnahmen herausgearbeitet, die für die städtebauliche Entwicklung sinnvoll sind.

- Städtebauliche Beratung durch einen Städteplaner
- Feinuntersuchung Marktplatz

Aufgrund Städtebauförderungsrichtlinien muss über die Bedarfsmitteilung ein Stadtratsbeschluss gefasst werden. Die o.g. Maßnahmen wurden im Haushalt 2025 aufgenommen. Dem Stadtrat liegt die Bedarfsmitteilung Städtebauförderung 2025 nun zur Entscheidung vor.

Nach Darstellung des Sachverhalts stellte der 1. Bürgermeister folgenden Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der vorliegenden Bedarfsmitteilung zur Städtebauförderung 2025 zu.

Abstimmungsergebnis: 20 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan, Güldner, Thelemann

17. Kulturstiftung der Stadt Miesbach; Klarstellungsbeschluss zum Stadtratsbeschluss vom 25.07.2024

Mit Schreiben vom 03.12.2024 hat die Rechtsaufsicht der Stadt Miesbach mitgeteilt, dass die Beschlussfassung vom 25.07.2024 nach deren Auffassung nicht exakt dem Art. 85 Abs. 1 GO entspricht.

Die Rechtsaufsicht fordert die Stadt daher auf, einen sogenannten „Klarstellungsbeschluss“ zu fassen in dem explizit die Zusammenlegung der beiden vorhandenen Rücklagen „Kulturrücklage Dr. Maier“ und „Heimatismuseum“ (beide Rücklagen sind bereits fiduziarische Stiftungen gewesen) zur „Kulturstiftung der Stadt Miesbach“ gefasst wird.

Des Weiteren soll der Stiftungszweck wie er in der Satzung unter § 2 der Stiftungssatzung definiert ist, auch durch den Stadtrat beschlossen werden.

Diese Klarstellung dient nur für künftige Generationen, damit der Wille der Stadt Miesbach und somit des Stadtrates genau erkennbar ist.

Die Genehmigung der Stiftungssatzung gemäß dem Stadtratsbeschluss vom 25.07.2024 wird hier nicht in Frage gestellt und kann unmittelbar nach der Beschlussfassung des „Klarstellungsbeschlusses“ erfolgen.

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt die Zusammenlegung der beiden nichtrechtsfähigen (fiduziarischen) Stiftungen „Kulturrücklage Dr. Maier“ und „Heimatmuseum“ zur „Kulturstiftung der Stadt Miesbach“.

Abstimmungsergebnis: 22 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

Beschluss 2:

Der Stiftungszweck gem. § 2 der Stiftungssatzung wird wie folgt festgelegt:

- 1) Zweck der Stiftung ist es,
das kulturelle Leben (insbesondere das traditionelle Brauchtum, Kunst, Theater, Musik, Bibliothekswesen, Bildung, Denkmalpflege und museale Zwecke)
zum Wohle der Bevölkerung in Miesbach nachhaltig zu fördern.
- 2) Die Stiftungszwecke im Sinne des Abs. 1 werden insbesondere verwirklicht durch die Beschaffung und Weitergabe von Mitteln gemäß § 58 Nr. 1 der Abgabenordnung zur Förderung der Verwirklichung der in Ziffer 1 genannten Zwecke anderer steuerbegünstigter Körperschaften oder für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke von Juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Neben der Förderung des kulturellen Bereiches ist es auch das langfristige Ziel, ein Heimatmuseum bzw. Museumsdepot zu verwirklichen.
- 3) Die zu fördernden Maßnahmen und Projekte und Einrichtungen sind räumlich auf das Gebiet der Stadt Miesbach beschränkt.
- 4) Die aufgeführten Zwecke müssen nicht in jeweils gleichem Maße verwirklicht werden.
- 5) Die Förderung der in Abs. 1 genannten Satzungszwecke schließt die Verbreitung der Ergebnisse durch geeignete Marketingmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit ein.
- 6) Ein Rechtsanspruch auf Förderung durch die Stiftung besteht nicht. Empfänger von Stiftungsmitteln sind zu verpflichten, über deren Verwendung Rechenschaft abzulegen.

Abstimmungsergebnis: 21 / 1

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

18. Unvorhergesehenes

18.1. Unvorhergesehenes - Danksagung Stadtrat Pohl

Stadtrat Pohl teilt mit, dass sich das Jahr 2024 dem Ende neigt. Aus diesem Grund möchte er sich bei den Stadtratsmitgliedern, der Verwaltung und beim 1. Bürgermeister für die Zusammenarbeit bedanken.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

18.2. Unvorhergesehenes - Brückenbauerin

Stadtrat Ruml erklärt, dass Frau Jooß als Integrationsbeauftragte eine Brückenbauerin sei.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

18.3. Unvorhergesehenes - Beleuchtung Schützenstraße

Stadträtin Jooß bedankt sich, dass die Beleuchtung an der Bahnunterführung, Schützenstraße, repariert wurde.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

18.4. Unvorhergesehenes- Danksagung Stadträtin Güldner

Stadträtin Güldner bedankt sich zum Jahresende bei den Stadtratsmitgliedern, bei der Verwaltung und beim 1. Bürgermeister für die gute Zusammenarbeit.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

18.5. Unvorhergesehenes - Bürgerversammlung und Danksagung

Stadträtin Brunner regt an, dass die nächste Bürgerversammlung eventuell wieder beim Bräuwirt abgehalten werden soll. Weiterhin bedankt sie sich bei allen Beteiligten der Stadtratssitzungen für die gute Zusammenarbeit.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

18.6. Unvorhergesehenes - Danksagung Stadtrat Fertl

Stadtrat Fertl bedankt sich bei den Stadtratsmitgliedern, bei der Verwaltung und beim 1. Bürgermeister für die gute Zusammenarbeit.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

18.7. Unvorhergesehenes - Bus zum Friedhof

Stadträtin Schmid teilt mit, dass für Heiligabend wieder ein Bus für die Fahrt zum Friedhof organisiert ist.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

18.8. Unvorhergesehenes - Jahresrückblick und Danksagung des 1. Bürgermeisters

Zum Schluss der öffentlichen Sitzung teilt der 1. Bürgermeister Folgendes mit:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr neigt sich dem Ende zu, die letzte Stadtratssitzung im Jahr ist erkennbar, nicht nur am Kalender, sondern auch an der schönen Tischdekoration und an dem kleinen Geschenk, das wir an den Plätzen verteilt haben.

Es gilt heute Danke zu sagen. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr ehrenamtliches Engagement im vergangenen Jahr für die Stadt Miesbach. Danke für vielen Stunden in Stadtratssitzungen, Ausschusssitzungen, Arbeitskreissitzungen, zum Wohle unserer Stadt Miesbach.

Wir haben in 2024 wichtige Dinge für Miesbach vorangebracht:

- Warmbad auf den Weg gebracht.
- Sozialen Wohnungsbau mit 77 Wohnungen; Spatenstich gefeiert.
- Kinderhaus im alten Kloster eingeweiht.
- Benefiziatenhaus für den Hort umgebaut und an neuen Träger übergeben.
- Wir haben das Jugendparlament neu installiert.
- Den Abenteuer-Inklusionsspielplatz überreicht bekommen.
- Das Schülerforschungszentrum hat den Betrieb aufgenommen.
- Wir sagen den Asiatischen Laubholzbockkäfer auf Nimmerwiedersehen.
- Und ...wir haben einen unerwarteten Geldsegen für die Stadt bekommen.

Danke an die gesamte Verwaltung, stellv. dem Geschäftsleiter und dem Kämmerer, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit

Danke an meine beiden Stellvertreter, für einige Terminübernahmen

Danke an die Presse (Dorby und Thanner)

Hoffen wir, dass die Bundespolitik im Jahr 2025 neue und gute Rahmenbedingungen für uns setzt, und bedenken wir unser großes Glück, dass wir in einer Region leben dürfen, in der Frieden und größtenteils Wohlstand herrscht, das ist nicht selbstverständlich.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und für das neue Jahr 2025 Zufriedenheit, Erfolg, Glück und vor allem Gesundheit.

Danke für das gute Miteinander und kommen Sie gut ins neue Jahr 2025!

Ich schließe hiermit die öffentliche Sitzung.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Reischl, Seemüller, Baumgartner Stefan

Ende der Sitzung

gez, Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister

